

# AMNESTY INTERNATIONAL

Pressemitteilung 10.02.2022

## **Venezuela: Neue Untersuchungen zeigen, dass die kalkulierte Unterdrückung und Verfolgung durch die Regierung Maduro ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnte**

Die Repressionspolitik in Venezuela beruht auf der Koordinierung von Angriffen und stigmatisierenden Botschaften, die von Medien mit Verbindungen zur Regierung von Nicolás Maduro verbreitet werden, sowie auf politisch motivierten willkürlichen Verhaftungen durch die ihm unterstellten Sicherheitskräfte, wobei ein ausgeprägtes Muster politischer Diskriminierung zu erkennen ist. Zu diesem Schluss kommt eine neue Untersuchung, die heute von Amnesty International in Zusammenarbeit mit dem Foro Penal und dem Centro para los Defensores y la Justicia (CDJ) veröffentlicht wurde.

"Die Welt weiß seit Jahren von der Repressionspolitik der Regierung von Nicolás Maduro. Unsere Untersuchung zeigt, dass es Fälle gibt, in denen eine extrem hohe Korrelation zwischen öffentlicher Stigmatisierung und politisch motivierten willkürlichen Verhaftungen besteht. Diese Korrelation ist ein neuer Indikator für eine systematische Unterdrückungspolitik und deutet auf das Verbrechen der Verfolgung gegen die Menschlichkeit hin, das von der internationalen Justiz untersucht werden muss", sagte Erika Guevara Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

Die Recherchen für den Bericht "Kalkulierte Repression: Korrelation zwischen Stigmatisierung und willkürlichen Verhaftungen in Venezuela" wurde über ein Jahr lang in Zusammenarbeit mit dem Foro Penal und der CDJ, zwei Menschenrechtsorganisationen mit Sitz in Caracas, durchgeführt. Verschiedene statistische Modelle wurden auf die Aufzeichnungen beider Organisationen für den Zeitraum zwischen Januar 2019 und Juni 2021 angewandt, darunter die Pearson-Korrelation und andere deskriptive Analysen wie die Entwicklungsanalyse und die prozentuale Häufigkeitsverteilung. Die statistischen Modelle wurden im Rahmen eines Peer-Review-Verfahrens validiert.

Marianna Romero, Generaldirektorin des CDJ, erklärte, dass sie "dokumentiert haben, wie die Stigmatisierungskampagnen die Grundlage für die Politik der Unterdrückung und Kriminalisierung in Venezuela waren. Von den höchsten Ebenen des Staates aus ist das System darauf ausgerichtet, diejenigen zu diskreditieren, zu beschuldigen, zu bedrohen und ins Visier zu nehmen, die die Menschenrechte verteidigen, fördern und einfordern, und zwar durch öffentliche Erklärungen, die Medien und soziale, private und institutionelle Netzwerke. Diese Untersuchung zeigt deutlich, wie diese Stigmatisierung auf der Annahme beruht, dass es einen Feind im Inneren gibt, und zu Gewaltakten und Verfolgung durch den Staat führt".

Die Studie zeigt einen Zusammenhang zwischen politisch motivierten willkürlichen Verhaftungen, die von staatlichen Sicherheitsbeamten durchgeführt werden, und der Stigmatisierung, die von verschiedenen Medien durchgeführt wird. Die Analyse ergab, dass die allgemeine Korrelation zwischen beiden Variablen im Jahr 2019 bei 29 % lag, im Jahr 2020 auf 42 % anstieg und in der ersten Hälfte des Jahres 2021 77 % erreichte.

Die jährlichen Korrelationen zwischen willkürlichen Verhaftungen und Stigmatisierung variieren auch in Bezug auf die verschiedenen an den Verhaftungen beteiligten Sicherheitskräfte. Im Jahr 2019 besteht eine stärkere Korrelation (74 %) mit Verhaftungen durch Nachrichtendienste (Generaldirektion für militärische Spionageabwehr, DGCIM, und der Bolivarische Nationale Nachrichtendienst, SEBIN). Im Jahr 2020 ist die Korrelation mit den Verhaftungen durch die der boliviarischen Nationalpolizei (PNB) unterstellten Einheiten, einschließlich der Sondereinsatzkräfte (FAES), höher (92 %). Und im Jahr 2021 ist die Korrelation am höchsten bei zivilen und dezentralen Einrichtungen wie der FAES, den städtischen Polizeikräften und dem Korps für wissenschaftliche, strafrechtliche und kriminalpolizeiliche Ermittlungen (CICPC), wo die Korrelation zwischen Verhaftung und Stigmatisierung 92 % beträgt.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis war die hohe Korrelation (94 %), die von Januar 2019 bis Juni 2021 beobachtet wurde, zwischen der Stigmatisierung durch die Fernsehsendung "Con El Mazo Dando" und politisch motivierten willkürlichen Verhaftungen, die von einem militärischen Sicherheitsorgan durchgeführt und vor den Militärgerichten verfolgt wurden.

Die qualitative Dimension der Untersuchung umfasst eine Analyse der Phänomene der Stigmatisierung, der politisch motivierten willkürlichen Verhaftungen, der Art und Funktionsweise der regierungsnahen Medien - von denen viele mit öffentlichen Mitteln finanziert werden - und des soziopolitischen Kontextes im Land während des Untersuchungszeitraums. All dies wurde mit internationalen Menschenrechtsstandards und dem internationalen Strafrecht verglichen, was zu der Schlussfolgerung führte, dass die Muster der Stigmatisierung auf eine politische Verfolgung hindeuten.

"Die Ergebnisse lassen keinen Zweifel daran, dass es eine enge Beziehung zwischen den Vertretern des venezolanischen Staates, den öffentlichen und privaten Medien und den Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger gibt, die nicht ungestraft bleiben dürfen", so Gonzalo Himiob, Direktor von Foro Penal.

Die beteiligten Organisationen fordern die Staatsanwaltschaft des Internationalen Strafgerichtshofs auf, in Erwägung zu ziehen, die in dieser Untersuchung dargelegten Fakten in ihre Ermittlungen zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Venezuela einzubeziehen, um Schlüsselakteure, konkrete Fälle und mögliche Beteiligte an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, hier der willkürlichen Freiheitsberaubung und Verfolgung zu ermitteln. Sie fordern die internationale Gemeinschaft außerdem auf, die unabhängige internationale

Untersuchungskommission weiterhin in ihrem Mandat zu unterstützen, um zur Rechenschaftspflicht für die Menschenrechtsverletzungen in Venezuela seit 2014 beizutragen.

Für weitere Informationen oder um ein Interview zu vereinbaren, wenden Sie sich bitte an Duncan Tucker: +52 55 4848 8266, [duncan.tucker@amnesty.org](mailto:duncan.tucker@amnesty.org)

Lesen Sie mehr:

Kalkulierte Repression: Zusammenhang zwischen Stigmatisierung und willkürlichen Inhaftierungen in Venezuela (Bericht, 10. Februar 2022)  
<https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/5133/2022/en/>